PB.L-01-339-2

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Energie
Beschlussdatum:	11.04.2021

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 339 bis 351:

~~Wir werden Ende 2022 den Atomausstieg in Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen durch eine restriktivere Exportpolitik stark einzuschränken und perspektivisch zu schließen. Zum Atomausstieg gehört auch, einen Endlagerstandort für den hochradioaktiven Atommüll zu finden. Wir bekennen uns zum verabredeten Pfad der Endlagersuche. Entscheidend für den Endlagerstandort sind höchste Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen Bedingungen und Rückholbarkeit; die Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen. Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den Ausstieg vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, den Euratom-Vertrag zu reformieren. Gemeinsam mit anderen engagierten Mitgliedstaaten wollen wir dafür sorgen, dass nicht mehr die Atomkraft privilegiert wird, sondern die erneuerbaren Energien stärker gefördert werden.~~

Atomkraft und Kernfusion sind nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Wir werden den Atomausstieg in Deutschland vollenden. Obwohl Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns noch immer Uran angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen zu schließen.
Zum Erbe der Atomenergienutzung gehört die Endlagersuche. Wir bekennen uns zum verabredeten Pfad der Standortsuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung.
Bis dahin muss der Atommüll bei höchstmöglichen Sicherheitsstandards zwischengelagert werden. Dafür fordern wir ein Gesamtkonzept, das unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet werden soll.
Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den Ausstieg vorantreiben. Wir setzen uns für eine Reform von EURATOM, gegen die weitere Privilegierung oder neue Förderungen der Atomkraft, und für verbindliche Sicherheitsstandards aller Atomanlagen in Europa ein. So kommen alte und unsichere Reaktoren an Deutschlands Grenzen schnell vom Netz. Einspruchsmöglichkeiten bei Neubau oder Laufzeitverlängerung von Atomanlagen in Europa wollen wir ausschöpfen und aus der gemeinsamen Haftung der Staaten für Atom-Unfälle aussteigen. Außenpolitisch setzen wir uns für den weltweiten Atomausstieg ein.